Stellungnahme des Studierendenparlaments gegen Antisemitismus an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Kiel, 22.01.2024 – Das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität Kiel gibt bekannt, dass es den jüngsten Terrorangriff der Hamas auf Israel zutiefst verurteilt. Das StuPa möchte seine Solidarität und sein tiefstes Mitgefühl allen jüdischen und israelischen Studierenden im ganzen Land ausdrücken.

Das Studierendenparlament erkennt dabei an, dass jüdisches Leben ein essentieller Bestandteil unseres Landes ist. In einem klaren Bekenntnis gegen Antisemitismus fordert das StuPa die Universität Kiel auf, die IHRA-Definition und 3D-Regel als allgemeingültige Arbeitsgrundlage im Umgang mit Antisemitismus auf dem Campus festzulegen:

IHRA-Definition: "Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen"

3D-Regel: "Mit der sogenannten 3D-Regel lässt sich bestimmen, ob es sich bei einer Äußerung lediglich um Kritik an Israels Politik handelt oder die Grenze zum Antisemitismus überschritten wird: Das ist der Fall, wenn Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung Israels im Spiel sind."

Des Weiteren appelliert das Studierendenparlament an jede beteiligte Fachschaft und Hochschulgruppe, auf die verschiedenen jüdischen Perspektiven auf den Angriffskrieg vom 7. Oktober aufmerksam zu machen und dabei einseitige Solidaritätsbekundungen zu vermeiden.

Ein wichtiger Schritt in Richtung Förderung von kulturellem und akademisch-wissenschaftlichem Austausch ist die Forderung nach einer israelischen Partneruniversität für die Christian-Albrechts-Universität. Das Studierendenparlament setzt sich darüber hinaus dezidiert für eine israelische Partnerstadt für die Stadt Kiel ein.

Eine weitere Forderung des StuPa lautet: Keine Prüfungen an religiösen Feiertagen! Sollte dennoch eine Prüfung an einem Feiertag angesetzt sein, muss ein Ersatztermin angeboten werden. Die entsprechenden Studienordnungen sollen entsprechend angepasst werden.

Das Studierendenparlament erkennt an, dass Antisemitismus ein tief verwurzeltes gesamtgesellschaftliches Problem darstellt. Im Kampf gegen jeden Antisemitismus sieht das StuPa die Notwendigkeit, dass die CAU ihre Verantwortung ernst nimmt und eine*n Beauftragte*n für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus etabliert.